

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung
SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (1998)

Heft: 1: Strom ohne Atom : die neue Initiative

Artikel: Mit vereinten Kräften

Autor: Braunwalder, Armin

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586015>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Bild: Ali

Neue Volksinitiativen

Mit vereinten Kräften

Zweieinhalb Jahre dauerte die Vorbereitungszeit. Jetzt ist es soweit: Die Volksinitiativen "MoratoriumPlus" und "Strom ohne Atom" werden lanciert. Die folgende Chronologie fasst die wichtigsten Stationen dieses Prozesses zusammen.

Von Armin Braunwalder

Nach Halbzeit des AKW-Moratoriums, anfangs Oktober 1995, führt die Schweizerische Energie-Stiftung (SES) bei Umweltorganisationen und Einzelpersonen eine breitangelegte Umfrage durch. Das Ergebnis ist klar: 90 Prozent der Antwortenden wollen eine Neuauflage des Moratoriums und eine neue Ausstiegsinitiative. Am 19. Oktober beschliessen VertreterInnen von 19 Umweltorganisationen sowie der SP Schweiz und der Grünen die Lancierung einer Doppelinitiative. Die Unterschriftensammlung soll im Frühling 1996 beginnen.

Im Dezember 1995 liegen erste Textentwürfe vor. Nach intensiven Diskussionen wird der Start verschoben - aus zeitlichen und inhaltlichen Gründen. Verschiedene Initiativ-Varianten

werden nun geprüft. Die Lancierung einer Einzelinitiative "nur MoratoriumPlus" beziehungsweise "nur Ausstieg" finden keine Mehrheit. Schliesslich kommt die fünfte Versammlung im Mai 1996 auf den ursprünglichen Entscheid zurück.

Unter der Federführung der SES wird die breitabgestützte Textdiskussion fortgesetzt. Im Dezember 1996 bereinigt und verabschiedet die achte Versammlung schliesslich nach zähen Diskussionen die Initiativtexte "MoratoriumPlus" und "Strom ohne Atom". In den folgenden Wochen werden die Initiativkomitees gebildet. Eine Arbeitsgruppe bereitet die Gründung eines Trägervereins vor.

Am 3. Juli 1997 wird in Bern der Verein "Strom ohne Atom" gegründet und ein Vorstand gewählt. Er besteht aus VertreterInnen von 15 nationalen

und regionalen Umweltorganisationen sowie Parteien. Einen Monat später trifft sich der Vorstand in Bern zu seiner ersten Sitzung. Für die Lancierung der Initiativen werden drei Arbeitsgruppen gebildet. Im Oktober liegen Logo, Sammelkonzept und Budgetentwurf vor. Für die 21monatige Vorbereitungsphase und Unterschriftensammlung ist mit Kosten von rund 400'000 Franken zu rechnen. Die ganze Kampagne soll eine "positive, lebendige und lustvolle" Ausstrahlung haben.

Anfangs November 1997 wählt der Vorstand aus 25 BewerberInnen Norbert Wernle zum Geschäftsleiter des Vereins Strom ohne Atom. Der Verein gelangt nun mit einem Gesuch um Unterstützungsbeiträge und einem Beitrittsaufruf an zahlreiche Organisationen. Die ersten finanziellen Zusagen treffen ein. Die Kosten der Lancierungsphase sind fürs erste gesichert. Danach ist der Verein auch auf die Unterstützung von SpenderInnen angewiesen. Das Projekt "Initiativ-

patenschaft" hat zum Ziel, rund 2000 SpenderInnen zu gewinnen, die sich verpflichten, die Initiativen bis zur Abstimmung jährlich mit einem fest zugesicherten Betrag zu unterstützen. Am 1. Dezember eröffnet der Verein sein Büro in Zürich. Norbert Wernle nimmt seine Arbeit auf. Die Initiativtexte werden der Bundeskanzlei zur Übersetzung eingereicht. Das Vorprüfungsverfahren beginnt. Nach der Publikation der Initiativtexte im Bundesblatt, voraussichtlich anfangs April, läuft die 18monatige Frist für die Unterschriftensammlung... Bis Ende Januar 1998 sind bereits 40 Organisationen dem Verein "Strom ohne Atom" beigetreten. Von Genf bis Schaffhausen und von Basel bis nach Chiasso beginnen sich Komitees zu

bilden, die sich für die Initiativen engagieren werden. Anfangs Februar nimmt auch Sandrine Bavaud in Lausanne ihre Arbeit als Koordinatorin für die Romandie auf. Der Schlusspurt vor dem Start der Unterschriftensammlung beginnt. Die Druckerzeugnisse – vom Briefpapier über die Unterschriftenbogen bis zum Argumentarium – gehen in die Produktion. Die Infrastruktur für das aufwendige Beglaubigungsverfahren muss aufgebaut werden, eine Adressverwaltung wird eingerichtet, unzählige Kleinarbeiten fallen an. Am 16. April ist es dann soweit. Mit einer nationalen Pressekonferenz in Bern werden die Initiativen "MoratoriumPlus" und "Strom ohne Atom" offiziell lanciert... □

MoratoriumPlus – Für die Verlängerung des Atomkraftwerk-Baustopps und die Begrenzung des Atomrisikos

I Die Bundesverfassung wird wie folgt ergänzt:
 Art. 24^{quinquies} Abs. 3 (neu)
³ Soll ein Atomkraftwerk länger als vierzig Jahre in Betrieb bleiben und wird dies nicht durch eine andere Verfassungsvorschrift ausgeschlossen, ist hierfür ein referendumspflichtiger Bundesbeschluss erforderlich. Die Betriebszeit darf um jeweils höchstens zehn Jahre verlängert werden. Das Verlängerungsgesuch des Betreibers hat insbesondere Aufschluss zu geben über
 a. den Alterungszustand der Anlage und die damit zusammenhängenden Sicherheitsprobleme;
 b. die Massnahmen und Aufwendungen, um die Anlage dem neuesten internationalen Stand der Sicherheit anzupassen.

Art. 24^{octies} Abs. 3 Bst. c (neu)
³ Der Bund:
 c. erlässt Vorschriften über die Deklaration der Herkunft und der Art der Produktion von Elektrizität.

II Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt ergänzt:
 Art. 25 (neu)
 Für die Dauer von zehn Jahren seit Annahme dieser Übergangsbestimmung werden keine bundesrechtlichen Bewilligungen erteilt für
 a. neue Atomenergieanlagen;
 b. die Erhöhung der nuklearen Wärmeleistung bei bestehenden Atomkraftwerken;
 c. Reaktoren der nukleartechnischen Forschung und Entwicklung, soweit sie nicht der Medizin dienen.

Strom ohne Atom – Für eine Energiewende und die schrittweise Stilllegung der Atomkraftwerke

I Die Bundesverfassung wird wie folgt ergänzt:
 Art. 24^{decies} (neu)
¹ Die Atomkraftwerke werden schrittweise stillgelegt.
² Die Wiederaufarbeitung von abgebrannten Kernbrennstoffen wird eingestellt.
³ Der Bund erlässt die erforderlichen gesetzlichen Vorschriften, insbesondere auch betreffend
 a. die Umstellung der Stromversorgung auf nicht-nukleare Energiequellen unter Vermeidung der Substitution durch Strom aus fossil betriebenen Anlagen ohne Abwärmenutzung;
 b. die dauerhafte Lagerung der in der Schweiz produzierten radioaktiven Abfälle, die diesbezüglichen Sicherheitsanforderungen und den Mindestumfang der Mitentscheidungsrechte der betroffenen Gemeinwesen;
 c. die Tragung aller mit dem Betrieb und der Stilllegung der Atomkraftwerke zusam-

menhängenden Kosten durch die Betreiber sowie ihre Anteilseigner und Partnerwerke.

II Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt ergänzt: Art. 24 (neu)
¹ Die Atomkraftwerke Beznau 1, Beznau 2 und Mühleberg sind spätestens zwei Jahre nach der Annahme dieser Übergangsbestimmung ausser Betrieb zu nehmen, die Atomkraftwerke Gösgen und Leibstadt spätestens nach jeweils dreissig Betriebsjahren.
² Nach der Annahme dieser Übergangsbestimmung ist es nicht mehr gestattet, abgebrannte Kernbrennstoffe zum Zweck der Wiederaufarbeitung auszuführen. Früher ausgeführte, bis zur Annahme dieser Übergangsbestimmung noch nicht wiederaufgearbeitete Kernbrennstoffe sind soweit als möglich unbehandelt zurückzunehmen. Abweichende staatsvertragliche Regelungen bleiben vorbehalten.
³ Der Bundesrat erlässt innert einem Jahr nach der Annahme dieser Übergangsbestimmung die erforderlichen Ausführungsbestimmungen.



"Das Grossrisiko Mühleberg abschalten heisst: Millionen freisetzen für effiziente Energienutzung und neue Technologien und damit im Berner Gewerbe Arbeitsplätze schaffen."

Rosmarie Bär, Präsidentin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES



"In Ticino non ci sono centrali nucleari, in compenso abbiamo tanto sole. Vedrete che quando chiuderemo quelle

sull'Altopiano il sole splenderà anche da voi."
 Caroline Camponovo, WWF Ticino



"Tschernobyl hat mich politisiert. Mit diesen zwei Initiativen besteht endlich die Möglichkeit, sich von

der gefährlichen Atomenergie abzuwenden und den Weg frei zu machen für zukunftssträchtige Energieformen."
 Birgit Ottmer, JUSO Schweiz



"Wir SchweizerInnen unterstützen die unrentablen AKWs mit mehreren hundert Millionen Franken pro

Jahr. Solange unnötige AKWs überflüssige Bandenergie produzieren, kann das enorme Einsparpotential durch rationelle Energienutzung nicht aktiviert werden."
 Hans Hildbrand, Geschäftsleiter von Greenpeace Schweiz



**strom ohne atom • corrente senza nucleare
sortir du nucléaire • current senz'atom**

Gemeinsam zur Energiewende

Folgende Umweltorganisationen und Parteien unterstützen die Initiativen: Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz AefU, Ärzte und ÄrztInnen für soziale Verantwortung PSR/IPPNW, Aktion Mühleberg stilllegen AMüS, Arbeitsgruppe kritisches Wolfenschiessen AkW, Arbeitsgemeinschaft für umweltgerechte, dezentrale Energieversorgung ohne Atomkraftwerke UDEO, Bedenken, ContrAtom, ChristInnen für ein Leben ohne Atomenergie CLAR, Demokratisches Nidwalden DN, Energy Link, Frauenforum Kreuzlingen, Grüne Schweiz, Les Vertes Fribourg, Grüne Bewegung Uri GB Uri, Grüne Partei Bern, Grünes Bündnis Bern, I Verdi Ticino, Greenpeace Schweiz, Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst GAK, Gewaltfreie Aktion Graben GAG, Interessengemeinschaft Energie und Lebensraum IGEL, Komitee für eine Mitsprache des Nidwaldner Volkes bei Atomanlagen MNA, Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke NWA, Oekogruppe Laupen, PDA Genève, Potentiel Jura, Pro Natura Schweiz, Rheinaubund, Sortir du Nucléaire, SONNeschweiz, Stopp den Atom-mülltransporten, Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz SGU, Schweizerische Energie-Stiftung SES, Sozialdemokratische Partei Schweiz SPS, SP Solothurn, JungsozialistInnen Schweiz JUSO, Überparteiliche Bewegung gegen Atomanlagen UEBA Zürich, WWF Schweiz, WWF Jura, WWF Luzern, WWF Vaud, Les vertes vaudois.

Norbert Wernle, Geschäftsleiter des Vereins "Strom ohne Atom"



Norbert Wernle ist 44 Jahre alt, Ökonom und Vater von zwei Kindern. In den siebziger und achtziger Jahren engagierte er sich aktiv in der Anti-AKW-Bewegung. Norbert wirkte in regionalen und nationalen Gremien. Als Beispiele seien erwähnt die Volksinitiativen "Für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke" und "Für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung" sowie das Referendum gegen die Atomgesetzrevision. Vor seinem Engagement für den Verein "Strom ohne Atom" war Norbert tätig bei Greenpeace für die Genschutzkampagne.



"Mit Kaiser-augst haben die Menschen in der Region Basel ein erstes Signal in Richtung Energieeffizienz und

Sonnenenergie gesetzt. Jetzt muss auch Leibstadt und Co. dran glauben."

Heidi Portmann, Präsidentin der Gewaltfreien Aktion Kaiseraugst GAK



"Das vom Volk 1990 deutlich angenommene AKW-Moratorium läuft Ende 2000 aus. Ein neues Mo-

roratorium ist unbedingt nötig, damit die Schweizer Energiepolitik nicht wieder in die Steinzeit zurückfällt."

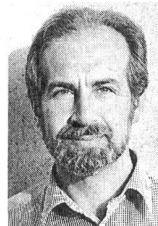
Françoise Jeanprêtre, SP-Nationalrätin Waadt



"Mit der Atom-technologie rauben wir unseren Nachkommen ein Stück ihrer Freiheit und Unbekümmer-

heit. Deshalb müssen wir Energie so produzieren und nutzen, dass wir ihnen in die Augen sehen können."

Christine Zehnder, Stop Wellenberg



"Tant que durera l'illusion que le progrès technique nous permettra toujours de disposer d'énergie en

abondance et bon marché, le gaspillage énergétique continuera, mettant en péril santé humaine et équilibres climatiques. L'acceptation des initiatives "sortir du nucléaire" donnera un signal clair."

Christian van Singer, Président "Sortir du Nucléaire" Vaud